

Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Hermann, Katrin Göring-Eckardt, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/13175 –**

Dopingvergangenheit umfassend aufarbeiten

A. Problem

Die umfassende Aufarbeitung der Dopingvergangenheit im Sport muss zu einem zentralen Bestandteil einer konsequenten Dopingbekämpfung in Deutschland werden. Die Anfang April 2009 vorgelegte pauschale Entschuldigungserklärung von dopingbelasteten Trainern wird einer wirkungsvollen und glaubwürdigen Dopingbekämpfung nicht gerecht. Der im Mai 2009 veröffentlichte Abschlussbericht einer unabhängigen Kommission zur Aufklärung der Dopingpraktiken an der Universität Freiburg und weitere belegte Fälle von zuwendungswidriger Förderung von dopingbelasteten Personen in Sportorganisationen und Sporteinrichtungen machen deutlich, dass es in Deutschland an notwendigen sportpolitischen und zuwendungsgerechten Konsequenzen mangelt.

Daher muss die Politik unmissverständlich zur Fortführung der Aufarbeitung der Dopingvergangenheit des Sports in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland eintreten und zu einer dauerhaften Unterstützung für gesundheitlich geschädigte Dopingopfer beitragen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/13175 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2009

Der Sportausschuss

Dr. Peter Danckert
Vorsitzender

Klaus Riegert
Berichterstatter

Dagmar Freitag
Berichterstatterin

Detlef Parr
Berichterstatter

Katrin Kunert
Berichterstatterin

Winfried Hermann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Klaus Riegert, Dagmar Freitag, Detlef Parr, Katrin Kunert und Winfried Hermann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/13175** in seiner 224. Sitzung am 28. Mai 2009 beraten und an den Sportausschuss zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert eine umfassende Aufarbeitung der Dopingvergangenheit im Sport als zentralen Bestandteil einer konsequenten Dopingbekämpfung in Deutschland. Demnach müsse die Politik unmissverständlich zur Fortführung der Aufarbeitung der Dopingvergangenheit des Sports der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland eintreten und zu einer dauerhaften Unterstützung für gesundheitlich geschädigte Dopingopfer beitragen.

Dementsprechend wird die Bundesregierung aufgefordert,

1. die in der Vergangenheit gezahlten öffentlichen Mittel für dopinggeständige sowie dopingbelastete Trainerinnen und Trainer und weitere belastete Funktionsträger im deutschen Sport zurückzufordern und stattdessen der Dopingbekämpfung und Dopingprävention einschließlich einer langfristigen Unterstützung von Dopingopfern zur Verfügung zu stellen;
2. eine unabhängige externe Überprüfungscommission mit einer rückwirkenden Überprüfung ab 1990 von Deutschem Olympischem Sportbund (DOSB) sowie seiner Vorgängerverbände, von Sportfachverbänden, Olympiastützpunkten und spotwissenschaftlichen Einrichtungen bezüglich der Einhaltung von zuwendungsrechtlichen Vorschriften, der Förderrichtlinien und sonstiger Bestimmungen in der Dopingbekämpfung zu beauftragen;
3. die Rolle des Bundesministeriums des Innern und des Bundesinstituts für Sportwissenschaft (BISp) im Hinblick auf die genannten Mängel in der Dopingbekämpfung einschließlich der Beteiligung an umstrittener Dopingforschung durch eine externe wissenschaftliche Studie klären zu lassen;
4. mit internationalen Sportorganisationen wie dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) Gespräche zu führen mit dem Ziel, zu einer umfassenden Aufarbeitung der Dopingvergangenheit zu kommen und die daraus notwendigen Konsequenzen für eine konsequente Dopingbekämpfung zu ziehen.

Im Einzelnen wird auf die Drucksache 16/13175 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Keine Mitberatungen

IV. Beratungsverlauf und -ergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 17. Juni 2009 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begrüßt, dass das Präsidium des DOSB eine Unabhängige Kommission zur Überprüfung von Trainern und Trainerinnen und Offiziellen mit Dopingvergangenheit unter Vorsitz von Prof. Dr. Udo Steiner, Bundesverfassungsrichter a. D. (Steiner-Kommission), um eine Empfehlung gebeten hat. In ihrer Stellungnahme führt die Kommission aus: „Die Kommission hat die ihr durch das Präsidium des DOSB zugegangene Erklärung von DLV-Trainern, die bis 1990 als DVfL-Trainer in der Deutschen Demokratischen Republik gearbeitet haben, beraten und begrüßt die Erklärung als einen wichtigen und hilfreichen sport-ethischen Schritt. Sie hat keine Bedenken, dass diejenigen Trainer, die diese Erklärung unterzeichnen, im Bereich des DLV als Trainer beschäftigt oder weiterbeschäftigt werden. Sie empfiehlt, von einer Rückforderung der sog. Entsendekosten im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen in Peking 2008 abzusehen.“ Die CDU/CSU-Fraktion vertritt die Auffassung, dass der autonome Sport alle Fakten auf den Tisch legen muss. Der Forderung nach einer Generalamnestie für Dopingtrainer tritt die Fraktion entgegen. Es bedarf hier vielmehr genauer Aufklärung und angemessener Konsequenzen in jedem Einzelfall. Der Antrag ist abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** begrüßt grundsätzlich den Wunsch nach Aufarbeitung der Dopingvergangenheit in Ost und West. Die Forderungen, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit diesem Antrag aufstellen, seien dazu jedoch nicht ausreichend zielführend. Die pauschale Forderung, Mittel für dopingbelastete Trainer zurückzufordern, verkenne, dass der Bund nicht einzelne Trainer fördert, sondern eine Verbandsförderung gewährt. Eine Rückforderung setze daher voraus, dass der Verband seinen Verpflichtungen in der Dopingbekämpfung nicht nachgekommen ist. Die staatlichen Mittel für die Dopingbekämpfung und -prävention seien in den vergangenen Jahren in besonderem Maße erhöht worden, die Beteiligung von Sport und Wirtschaft lasse hingegen noch immer zu wünschen übrig. Eine entsprechende Formulierung fehlt dem Antrag gänzlich. Zur finanziellen Entschädigung von Dopingopfern sei bereits im Jahr 2002 das Dopingopferhilfegesetz verabschiedet worden, mit dem Dopingopfern unbürokratisch finanzielle Entschädigung gewährt worden war.

Die SPD-Fraktion sieht der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Dopingproblematik durch die avisierte Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“ mit großem Interesse und hohen Erwartungen entgegen. Nach Abschluss

dieser umfassenden Studie könne erneut diskutiert werden, ob einzelne Bereiche einer weiteren wissenschaftlichen Aufarbeitung bedürfen. Die Notwendigkeit einer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderten unabhängigen externen Überprüfungscommission sei daher aus aktueller Sicht nicht erkennbar.

Die **Fraktion der FDP** lehnt den Antrag ab. Zum einen liegt der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderten Rückerstattung keine rechtliche Grundlage zugrunde. Zudem belegt der Bericht der Steiner-Kommission, dass eine Aufarbeitung der Vergangenheit immer noch stattfindet. Darüber hinaus wird auch in Zukunft eine Debatte über Verfehlungen einzelner Trainer stattfinden, aus welcher die gegebenen Konsequenzen gezogen werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** unterstützt ausdrücklich die Forderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Doping und Dopingmissbrauch in der Bundesrepublik Deutschland bis über das Jahr 1990 zurückreichend aufzuarbeiten. Damit würde der bestehenden Ost-West-Schieflage in der aktuell geführten Diskussion über Doping und Dopingmissbrauch in Deutschland entgegengewirkt.

Die Fraktion DIE LINKE. lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aber mit folgender Begründung ab:

Aus dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht in keiner Weise hervor, wie Doping und Dopingmissbrauch in der Bundesrepublik Deutschland bis vor das Jahr 1990 aufgearbeitet werden sollen. In dem Antrag werden lediglich solche Trainer erwähnt, die ihre Beteiligung bereits zugegeben haben. Die Fraktion DIE LINKE. ist der Meinung, dass hier beispielsweise eine Enquete-Kommission des Bundestages mit einem präzise formulierten Arbeitsauftrag tätig werden könnte. Ein wesentlicher Schwachpunkt des Antrags ist, dass er außer Acht lässt, dass Doping und

Dopingmissbrauch vor 1990 nach geltender Rechtslage bereits verjährt sind. Eine Aufarbeitung, inwieweit das BMI gegen Richtlinien verstoßen hat, der DOSB oder die Sportfachverbände billigend in Kauf genommen haben, dopingbelastete Trainer beschäftigt zu haben, gestaltet sich daher rechtlich schwierig.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob als Antragsteller hervor, dass viele Themen auch deswegen immer wieder auf die politische Agenda zurückkehrten, weil sie als nicht systematisch aufgearbeitet gelten. Knapp 20 Jahre nach dem Mauerfall müsse jedoch auch das Thema Sport und Doping einmal systematisch angegangen werden, dies betreffe auch die westdeutsche Dopingvergangenheit. In Deutschland habe man zwar seit 1992 die olympischen Erfolge mitgetragen, aber über die Hintergründe und mögliche Dopingpraktiken sei jedoch bisher noch viel zu wenig bekannt. Als Konsequenz müsse daher eine unabhängige Kommission die Rolle der Sportorganisationen und des BMI untersuchen. Denn ganz offensichtlich habe es in vielen Fällen ein übergreifendes Fehlverhalten gegeben, das sich insbesondere auch durch eine mangelnde Kontrolle bei den staatlichen Zuwendungen für den Spitzensport in Deutschland zeige. Selbst bei den Fällen, bei denen den Sportorganisationen in Deutschland deutliche Verstöße gegen die Anti-Doping-Richtlinien angelastet werden konnten, hätte die große Koalition vor notwendigen zuwendungsrechtlichen Konsequenzen zurückgeschreckt.

Die Erklärung von ehemaligen DDR-Trainern, die in das Dopingsystem eingebunden waren, sei ein Schlag ins Gesicht der Dopingopfer, führte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiter aus. Die Erklärung entbehre einer individuellen Verantwortung und leiste daher keinen wirklichen Beitrag zu einer weiter notwendigen Hilfe und Unterstützung für Dopingopfer.

Berlin, den 17. Juni 2009

Klaus Riegert
Berichtersteller

Dagmar Freitag
Berichterstellerin

Detlef Parr
Berichtersteller

Katrin Kunert
Berichterstellerin

Winfried Hermann
Berichtersteller